

# Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener-Verlagsgesellschaft  
Verlags- und Druckerei  
Bismarckstraße 38/40  
Druck u. Verlag von Dietrich & Reichardt in Dresden.  
Telefon-Nr. 1088 Dresden.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.  
In Dresden und Vororten bei täglich einmaliger Zeitung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Zeitung monatlich 2,- M., vierteljährlich 7,- M.  
Die einseitige 32 mm breite Zeile 6,- M. bei Familienangehörigen, Einzeln unter  
Stellen- u. Wohnungsmarkt, typograf. An- u. Verträge 25,- M. Vorzugspreis laut  
Zahl. Nachzahl. Nachb. geg. Vorauszahl. Einzelpreis 5,- M. Vorabendblätter 1 M.

Druck u. Verlag von Dietrich & Reichardt in Dresden.  
Telefon-Nr. 1088 Dresden.

## Amerikas Ablehnung der Haager Konferenz.

**Der Entschluß des Staatsdepartements.**  
London, 16. Mai. Nach einer in den frühen Morgenstunden aus Washington, eingetroffenen Kuriermeldung lehnte das Staatsdepartement die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz im Haag ab. (B. T. B.)

**Genoa, 16. Mai.** Der Vizekonsul der Vereinigten Staaten in Rom hat dem Savas-Berliner erklärt, daß seine Regierung die Einladung, an dem Sachverständigen-Konferenz teilzunehmen, nicht annehmen werde, daß sie aber in sympathischer Weise auf die Anfragen und Bitten der Sachverständigen habe, in der Erwartung einer endgültigen förmlichen Einladung und einer bestimmten Grundlage zur Unterstüßung der Entscheidung. (B. T. B.)

**Die Beratungen im amerikanischen Senat.**  
London, 16. Mai. Einer Kuriermeldung aus Washington zufolge trat während der Nacht im Senat über die Frage der amerikanischen Teilnahme an der Haager Konferenz für die russische Angelegenheit Beratungen an. Die amerikanische Teilnahme sei ein. Otschod war jedoch für die Beteiligung. Vorab erklärte, die amerikanische Unterstüßung werde nicht beantragt, und führte die Krankheit Curpa an den Versailler Vertrag zurück. (w. b.)

**London, 16. Mai.** Die „Morning Post“ berichtet aus Washington, daß die „Washington Post“, die bereits mehrfach das Presseorgan Garding war, jeden Gedanken an die Annahme der Einladung an die Vereinigten Staaten abgewiesen und nachdrücklich erklärt hätte, daß die amerikanische Regierung mit Sowjetrußland nicht zu tun haben könne, bevor die Sowjetregierung die Gesetze der Zivilisation annimmt. (B. T. B.)

## Schlichterins Bedingungen für die Annahme des Haager Vorschlags.

**Schlichterins Bedingungen für die Annahme des Haager Vorschlags.**  
Genoa, 16. Mai. Nach den Ankündigungen Konstantin Schlichterins heute im politischen Austausch mit gegen das Verbot der Sonderverträge mit Rußland und gegen die Bildung von zwei Kommissionen im Haag protestieren, obwohl er andererseits die Reichskasse der Alliierten grundsätzlich annehmen will. Der russische Delegierte legte noch, er werde einen Bürgerfriedensvertrag mit jedem Staat eingehen, um den Frieden zu fördern, aber er müsse Vorbehalte machen, damit man nicht glaube, daß die russische Regierung derartige Friedensverträge stülge. Rußland würde auch das Verbot der gegenseitigen Propaganda nur unter der Bedingung annehmen, daß in den Nachbarstaaten Rußlands die gegenrevolutionäre Propaganda aufhöre, die von einigen Großmächten unterstützt würde.

**Gemeinsame Kommissionen im Haag.**  
Genoa, 16. Mai. Nach den in der Pressekonferenz nachgeprüften italienischen und englischen Auffassungen der Reichskasse vom Sonntag sollen vom 20. Juni ab im Haag die Sachverständigen aller Staaten und Rußland gemeinsam in einzelnen Kommissionen tagen und Beschlüsse fassen, also nicht in zwei getrennten Ausschüssen, wie die französische Delegation gefordert hatte.

## Der Etat der Reichspostverwaltung.

**Fortsetzung der Besprechungen im Reichstag.**  
Berlin, 16. Mai. Auf eine Anfrage, ob tatsächlich 6000 Tonnen Zeitungsdrukpapier nach Südamerika verladen worden sind, wird regierungsgeliefert erklärt, daß diese Behauptung unzutreffend sei. Der Gegenstand betr. Befreiung der bisherigen Lagergeldhächliche für staatliche Niederlagen wird in allen drei Besprechungen angenommen. Dann wird die allgemeine Verbesserung des

**Etats der Reichspostverwaltung**  
fortgesetzt. Abg. Reich (Wanr. Sp.) empfiehlt u. a. die Einführung der in Bayern für den Postbetrieb bestehenden vollen Sonntagsruhe für das gesamte Reichspostgebiet. Die Erhöhung des Posttarifportos von 75 Pf. auf 1,50 M. sei zu hoch, ebenso die Veranlassung des Briefposttarifs auf 8 M. In Rußland, wo eine Postkarte jetzt 2000 Rubel, ein Crisbrief 30 000 Rubel, ein Brief im Fernverkehr 50 000 Rubel koste, möge der Reichspostminister sich ein abschreckendes Beispiel nehmen. Bei der Übertragung des bayrischen und württembergischen Postbetriebes sollte die Privatindustrie, die sich u. a. mit der Verhüllung privater Fernsprechanlagen in größeren Betrieben befaßt, nicht ausgeschlossen werden. Die Postverwaltung würde dadurch erhöhte Gebühreneinnahmen erzielen. Redner empfiehlt ferner den Selbstanschluß des Fernsprechwesens, wie er in Bayern an dem Lande durchgeführt ist.

Reichspostminister Giesberts teilt mit, die Eisenbahnverwaltung wolle die blaue Farbe als Einheitsfarbe einführen, da werde sich die Reichspostverwaltung dieser Vorgehen nicht erziehen können. Die völlige Sonntagsruhe würde den größten Teil des Publikums nicht befriedigen. Am Sonntag hat man Zeit zum Zeitunglesen, am Montag nicht. Das Auto wird im Postverkehr noch eine viel größere Rolle spielen als bisher, besonders im Nebenlandverkehr, für den auch kleinere Wagen in Frage kommen. — Abg. Braun (D. R.): Man könne nicht nachweisen, ob höhere oder mittlere Beamte zu viel in der Postverwaltung seien. Diese Feststellung müsse der Verwaltung überlassen werden. Das Kaiserliche Deutschland habe die Postetats 1913/14 mit 100 Millionen Ueberlauf abachteten. Tamala seien Publikum und Reichstag mit der Postverwaltung zufrieden gewesen. Heute herrsche aber allgemeine Unzufriedenheit. Wir hätten zuviel Beamte, die

## Frankreich nimmt an den Rußland-Verhandlungen teil.

Paris, 16. Mai. Nach einer Casademelung aus Genoa ist die französische Delegation, um die Einheit der Mächte gegenüber Rußland zum Ausdruck zu bringen, ermächtigt worden, heute der Sitzung der Unterkommission, in der den Vertretern der Moskauer Regierung die Antwort auf ihr Memorandum überreicht werden soll, beizuwohnen. (B. T. B.)

## Morgans Plan für die Reparationsanleihe.

Berlin, 16. Mai. Wie eine T.-L.-Meldung aus Genoa erfährt, wird dort aus Neunorf berichtet, Morgan werde im Laufe der Woche der Reparationskommission einen vollständig ausgearbeiteten Plan zu einer internationalen Anleihe für Deutschland vorlegen. Vorbedingung für die Durchführung des Planes sei, daß die Reparationskommission der von Morgan geführten Finanzgruppe freie Hand läßt zu einer gewissen Regelung des Reparationsproblems. Die Anleihe soll vorläufig mindestens eine Milliarde Dollar betragen.

Dem „Col. Ana.“ zufolge wird in hiesigen Kreisen, die eine hervorragende Rolle im politischen und wirtschaftlichen Leben spielen, an die Möglichkeit dieser Maßnahme geglaubt, doch sei man geneigt, gegenüber diesem Plan des amerikanischen Bankiers die größte Zurückhaltung zu walten zu lassen, da man vorläufig nicht wisse, welche Sicherheiten Morgan verlangen werde, und ob er bereitwäre, das Geld in verschiedenen Raten zu geben.

## Was die Franzosen wünschen.

**Umwandlung der deutschen Staatsschulden in Privatschulden.**  
Berlin, 16. Mai. Das „Coblogramm“ gibt einen Artikel André Gausins in der „Revue de France“ wieder, in dem es u. a. heißt, daß die einzige Methode, um das Reparationsproblem erfolgreich zu lösen, darin bestünde, die deutsche Staatsschuld in eine Privatschuld zu verwandeln und etwa Stinnes zum Schuldner der ausländischen Kapitalisten zu machen. Dann könnte man eine ausländische Anleihe lancieren, indem man die Eisenbahnen, die Zedden, Domänen, Bäder, Kanäle, Elektrizitätswerke und Wasserkräfte, die das Vermögen des Reiches und der deutschen Staaten darstellen, in ein großes finanzielles Konfessionarium verwandeln, an dem das deutsche und das ausländische Kapital gemeinsam Anteil hätten. Dieses Konfessionarium würde die Obligationen kreditieren, die einen Teil der internationalen Anleihe garantieren könnten, die dem Deutschen Reich die Zahlung seiner Verpflichtungen an die Entente ermöglichte. Der zweite Teil würde durch eine Hypothek auf den privaten Besitz aufgebracht werden.

Dieser gefährliche Plan ist nur eine Folge der verhängnisvollen deutschen Bestrebungen nach Erhaltung der Sachwerte und der Schaffung von Zwangsreditorenorganisationen der deutschen Gewerbe. Die Niederreicherung des im Versailler Vertrag vorgesehenen Schutzalles für das deutsche Privatvermögen ist das für die deutsche Wirtschaft verhängnisvolle Ziel. Die Umwandlung der Staats- in Privatschulden würde auch eine spätere Herabsetzung der Reparationschuld durch die alliierten Regierungen zur Unmöglichkeit machen.

Unzufriedenheit des Publikums am Postminister sei auch eine Folge der Umwidmung der Beamtenschaft. Es sei nicht böser Wille, sondern der Mangel der erforderlichen größeren Beweismittel der für den Schalterdienst nicht zu geeigneten unteren Beamten. Die höheren Beamten könnten wirklich nichts dafür, wenn ihre Zahl etwa zu groß sei. Die Qualität des Personals sei durch die Quantität ersetzt worden. Das müsse wieder anders werden, um Personal zu sparen. Mit der richtigen Durchführung des Achtstundentages sind seine Freunde einverstanden. Wenn bei einem Postpostamt von 1500 Einkräftigen 300 wegen Krankheit beurlaubt seien, so sei das ein ungesunder Zustand. Das binnen 48 Stunden bisher nur auf Verlangen einzureichende strahlige Attest müsse zu einer zwingenden Vorschrift werden. Die Entscheidung darüber dürfe da nicht dem Amtsvorsteher überlassen werden. Das Postzeitungsdienst habe 1918 4 Millionen Ueberlauf, 1921 dagegen 18 Millionen Mark Ueberlauf. 1918 waren dort 500 Beamte; jetzt hat das Postzeitungsdienst, obwohl der Verkehr nicht gekiegen ist, 1002. (Hört, hört!)

Die Leistungen der Post in Stadt und Land sind im mehr gesunken. Der Redner unterbreitet die Forderung in der Entscheidung der Reichspostverwaltung, die Postbetrieb aufgeben, die Postverwaltung grundsätzlich die Bedürfnisse des privaten Landes nicht zu vernachlässigen. Die bayrischen Handelskammern und die Handwerkerkammern fordern geschlossen die Wiedereinführung der Sonntagsruhe. Bei der neu eingeführten Gesprächsmaßnahme im Telephonbetriebe kommen viele das Publikum erbitternde Irrtümer vor. Bei weiterer Gebühren-Erhöhung wird die Postverwaltung gedrängt werden, den Crisbriefverkehr für Private freizugeben. Die Gebühren-Erhöhungstheorie wird sich schließlich dahin auswirken, daß die Post nicht ein Institut für, sondern gegen den Verkehr ist. Die Revolution ist schuld an dem Niedergange des Verantwortungsgesühls der Beamten. Die Personalverhältnisse in Bayern und alles, was ich dort in den Metern gesehen habe, hat mir erheblich besser gefallen als das, was wir in Preußen haben. Es heißt das rechte Verhältnis zwischen Beamtenschaft und Verwaltung. Die herrschende Verhältnisse muß verschwinden. Die Beamtenschaft muß willig mitarbeiten an Wiederaufbau.

Staatssekretär Teude erklärt sich bereit, eine Politik der Sparbarkeit mitzumachen, bekräftigt es aber, daß zu viel höhere Beamte vorhanden seien. (Bei Schluß der Rede des Redners bis Verhandlungen noch an.)

## Die Regulierung des Oberrheins im Lichte der französischen Machtpolitik.

Die Frage der Regulierung des Oberrheins von Straßburg bis Basel, der auf dieser Strecke bisher nur eine sehr beschränkte Schiffsahrtsmöglichkeit bietet, wäre unter dem früheren Rechtszustand, als noch die alte Rheinischschiffahrtsakte die Pflichten der Anliegerstaaten zur Instandhaltung des Strombettes regelte, un schwer nach sachlichen Gesichtspunkten zu ordnen gewesen. Seitdem aber der Versailler Friedensvertrag mit seinen überheblichen und unerträglichen Eingriffen in alle bestehenden Rechtsverhältnisse auch auf diesem Gebiete sich als der geschworene Feind aller Guten erwiesen hat, ist die französische Machtpolitik als führendes Element auf den Plan getreten und bedroht durch ihr Bestreben, neben der politischen auch die wirtschaftliche Oberherrschafft über den Rhein zu erlangen, die wohlbestimmten Interessen der übrigen Anliegerstaaten auf das schwerste. Der Versailler Vertrag hat Frankreich als längstes Glied in die Reihe der alten natürlichen Anlieger eingeschoben und dadurch die imperialistische Unerfülltheit der Franzosen auch gegenüber der Rheinischschiffahrt und allen damit zusammenhängenden Fragen entsefelt. Dabei ist es bezeichnend für den Pariser Größenwahn, daß Frankreich, obwohl es nur die kleinste Strecke vom Rhein in Besitz hat, ohne weiteres sich als Herr des Ganzen aufspielt und sich gewissermaßen als alleiniger Anlieger gebärde. Das Versailler Diktat hat diese französische Annahme dadurch gefördert, daß es in der Rheinischschiffahrtkommission dem neugewählten Pariser Teilhaber vier Vertreter und außerdem noch das Recht der Wahl des Vorsitzenden zubilligte, während der so bedeutend beteiligte Uferstaat Deutschland nur die gleiche Anzahl Stimmen erhielt und Holland und die Schweiz sich sogar mit nur je zwei Stimmen begnügten. Die holländischen und schweizerischen Stimmen sind dann allerdings später infolge des energischen beiderseitigen Protestes um je eine vermehrt worden, wodurch aber die in der Vorzugsbehandlung Frankreichs liegende Unberechtigtigkeit in keiner irgend wesentlichen Weise abgeschwächt wird.

Der Ausbau des Oberrheins zum Zwecke der Schiffbarmachung der Strecke von Straßburg bis Basel ist schon lange Gegenstand angestrengter Bemühungen der in erster Linie daran interessierten Schweiz gewesen, für die es sich darum handelt, den sich ständig hart vermehrenden Güterverkehr über Basel möglichst von der Eisenbahn abzulenken und ihn auf den mit wesentlichen Frachterleichterungen verbundenen Wasserweg zu verlegen. Zurzeit können aber nur 1 1/2 bis 2 Millionen Tonnen jährlich auf dem Oberrhein bewältigt werden, während die regulierte Fahrtrinne die jährliche Menge auf 13 1/2 Millionen Tonnen zu steigern vermöchte. Die Schweiz steht mit ihren Plänen zur Schiffbarmachung des Oberrheins durchaus nicht allein. Deutschland unterstützt sie, da es sich von der Ansicht in die verkehrspolitischen Vorteile der Regulierung leiten läßt, und Holland hat sich ebenfalls ganz auf die Seite der Eidgenossenschaft gestellt, weil durch die Fortsetzung der Rheinischschiffahrt bis Basel ein großer Teil der Schweiz in das handelspolitische Einflußgebiet von Rotterdam einbezogen wird. Somit stünde der Durchführung des Unternehmens nichts im Wege, wenn nicht Frankreich hier wie überall der Störenfried wäre, weil es aus Furcht vor der Beeinträchtigung seines Straßburger Verkehrs und aus dem allgemeinen Grunde seiner rheinischen Machtansprüche, die allen fremden, wenn auch noch berechtigten Interessen von vornherein feindselig gegenüberstehen, die Verwertung der Wasserkräfte des Oberrheins zu ausschließlich eigenen Gunsten durchsetzen will. Diese Absicht soll dadurch verwirklicht werden, daß auf französischem Gebiete ein Seitenkanal von 117 km Länge angelegt wird, der, in 300 m Abstand vom Rhein verlaufend, neben bis acht Staufen aufweist. Dadurch würde das Wasser des Oberrheins in solchem Umfange abgelenkt werden, daß die Schiffahrt im Strome selbst zwischen Straßburg und Basel nicht bloß aufs äußerste erschwert, sondern zum Teil völlig unmöglich gemacht würde, bei einer Leistungsfähigkeit des Kanals von nur 3 Millionen Tonnen jährlich.

Ein solcher Gedanke mit seiner noch brutaleren Rücksichtslosigkeit gegen die gesamten rheinischen Schiffsahrtinteressen konnte nur in den Gehirnen französischer Imperialisten ausgeheckt werden, die den Rhein als alleiniges Eigentum der grande nation betrachten und auf dem Sandvunde stehen, daß es eigentlich eine Gnade sei, wenn die französischen Herren des Rheins überhaupt noch irgendwelche fremden Einflüsse dort zur Geltung kommen lassen. Die Schweiz will sich aber eine derartige Vergeßlichkeit in einer für sie so bedeutenden wirtschaftlichen Frage nicht ruhig gefallen lassen, sondern hat in sehr scharfer Weise gegen den Plan des französischen Seitenkanals Stellung genommen, und die schweizerische Presse ist mit der Verbreitung von allerlei kräftigen Wahrheiten an die Pariser Adresse nicht sparsam gewesen. Die Rheinfrage, so führten die Blätter aus, sei von allgemeiner Bedeutung. Daß ein so gewaltiger, für ganz Europa so wichtiger Verkehrswege nicht mitten in seinem oberen Laufe verriegelt werden dürfte, sei so einleuchtend, daß die einfache Anrufung des gesunden Menschenverstandes genügen sollte, um ein solch ungeheuerliches Axiom eines über alle Bedenken sich hinwegsetzenden wirtschaftlichen Imperialismus zu verurteilen. Eine solche prächtige Verfechtung dürfte unter seinen Umständen den eigenartigen Ansprüchen des jüngsten Anliegers geopfert werden. Der Versailler Vertrag übertrug